



Rat der Gemeinden und Regionen
Europas | Deutsche Sektion



Kommunale Zukunftscharta

**Eine Welt - Unsere Verantwortung
Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene**

Inhaltsverzeichnis

1. Städte und Gemeinden nachhaltig entwickeln	Seite 4
2. Die soziale Dimension der Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene	Seite 7
3. Die ökonomische Dimension der Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene	Seite 10
4. Die ökologische Dimension der Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene	Seite 13
5. Die kulturelle Dimension der Nachhaltigkeit in den Städten	Seite 15
6. Globale Partnerschaften lokal gestalten – Kommunen übernehmen Verantwortung für die Eine Welt	Seite 20

Zukunftscharta

Eine Welt- Unsere Verantwortung- Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene

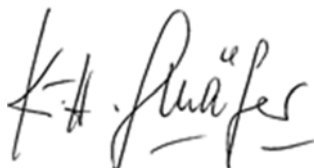
Mit der „Zukunftscharta EINE WELT – Unsere Verantwortung“ hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) einen Dialogprozess eröffnet, der in eine Partnerschaft zwischen Staat, Zivilgesellschaft, Forschung, Wirtschaft, Regionen und Kommunen münden soll, um einen gemeinsamen Beitrag für das Entwicklungsjahr 2015 zu erarbeiten, der in die internationale Agenda zum Post 2015- Prozess eingespeist werden soll. 2015 markiert das Ende der bisherigen Millenniumsziele und den Anfang einer neuen Agenda, zu der wir einen kommunalen Beitrag leisten möchten. Zahlreiche Mitgliedskommunen der deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) sind in der Einen Welt aktiv, sie unterstützen Dezentralisierungsprozesse, beteiligen sich am Aufbau kommunaler Selbstverwaltungen oder tauschen mit Kollegen aus dem Süden Erfahrungen über städtische Dienstleistungen aus. Entwicklungszusammenarbeit hat aber nicht nur zum Ziel Veränderungen im Süden herbeizuführen, für eine gerechtere Welt sind auch Veränderungen im Norden unabdingbar.

Das BMZ hatte fünf Themenbereiche der Nachhaltigkeit definiert: Die ökologische und ökonomische Dimension der Nachhaltigkeit, die soziale Dimension der Nachhaltigkeit, die politisch-kulturelle Dimension der Nachhaltigkeit sowie das Thema „Globale Partnerschaften“. Es ist inzwischen anerkannt, dass Nachhaltigkeit ohne die Einbeziehung von Bürgern und Kommunen nicht funktioniert. Aus diesem Grunde haben wir die Themengebiete der Nachhaltigkeit kommunal interpretiert und ergänzt um ein zentrales Thema der Nachhaltigkeit, nämlich „die nachhaltige Stadtentwicklung“. Die kommunale Zukunftscharta ist Bestandteil einer gemeinsamen Zukunftscharta des BMZ, alle Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Forschung und Kommunen erarbeiten gemeinschaftlich die „Zukunftscharta EINE WELT – Unsere Verantwortung“ und setzen sie ab 2015 partnerschaftlich um.

Die „kommunale Zukunftscharta“ beschreibt die Bedeutung dieser Themen für die kommunale Ebene sowie Aufgaben von Kommunen, die in den verschiedenen Bereichen der Nachhaltigkeit erfüllt werden. Dabei handelt es sich zwar um deutsche kommunale Beispiele, aber die beschriebenen Aufgaben betreffen Kommunen aus aller Welt. Natürlich sind die Zuständigkeiten von Kommunen und die entsprechenden Strukturen und finanziellen Möglichkeiten weltweit verschieden. Was die Kommunen in aller Welt verbindet ist aber das gemeinsame Streben nach Handlungsspielräumen bei angemessenen Ressourcen, um im Interesse ihrer Bürger und auch der Bürger in der Einen Welt agieren zu können.

Der 1992 auf dem Weltgipfel von Rio formulierte Grundsatz: „Think global, act local“ hat in den vergangenen 20 Jahren nichts von seiner Bedeutung verloren. Zahlreiche globale Probleme von Flüchtlingsströmen über soziale Ungerechtigkeiten bis zu Umweltzerstörungen sind bisher nicht gelöst und neue Probleme kommen hinzu. Kommunen sind nicht nur Teil des Problems, sondern sind dann, wenn sie nachhaltig agieren, auch ein wesentlicher Teil der Lösung: Sie sind die Orte, in denen Zukunftsentscheidungen für eine nachhaltige Welt getroffen und umgesetzt werden und die Folgen dieser Entscheidungen werden von den Bürgern unmittelbar erlebt.

Diese Erfahrungen möchten wir in die Initiative „Zukunftscharta EINE WELT – Unsere Verantwortung“ gerne einbringen und wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit unseren Partnern für eine gemeinsame und gerechte Zukunft!



Karl-Heinz Schäfer
Bürgermeister der Stadt Polheim
Präsident der Deutschen Sektion des
Rates der Gemeinden und Regionen Europas

1. Städte und Gemeinden nachhaltig entwickeln

von Dr. Corinna Clemens, Dezernentin für Stadtentwicklung, Umwelt und Bauen der Stadt Sindelfingen

Städte sind seit jeher Orte, die in intensivem Austausch mit ihrer Umgebung stehen - sie verleihen sich Ressourcen des Umlandes ein, entsorgen ihre Abfälle außerhalb der Stadtgrenzen und organisieren über ihre Märkte den Handel über große Gebiete hinweg. Die Stadt ist ein Erfolgsmodell: In Folge weltweiter Verstädterungsprozesse lebt heute über die Hälfte der Weltbevölkerung in städtischen Gebieten, mit weiter steigender Tendenz. Der „urbane Stoffwechsel“ ist nach 7.000 Jahren weitgehend der gleiche, so dass die Folgen des Stadtwachstums und die räumlichen, funktionalen und soziologischen Folgen der Verstädterung heute überall spürbar sind – das Konsum- und Mobilitätsverhalten der Bürgerinnen und Bürger und der kommunale Gebäudebestand sind durch einen hohen Ressourcenverbrauch charakterisiert und belasten mit ihrem beträchtlichen Ausstoß an Abfall und Emissionen das globale Ökosystem. Dennoch ist der Ressourceneinsatz pro Kopf der Stadtbevölkerung im Vergleich zur Wertschöpfung eher gering. Eine nachhaltige Entwicklung der Welt, wie sie in der Konferenz von Rio de Janeiro von 1992 umrissen wurde, ist ohne eine nachhaltige Entwicklung der Städte nicht umsetzbar. Vor allem von der „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ gingen wichtige Impulse für eine am Richtungsziel Nachhaltigkeit orientierte Stadtentwicklung aus. Als Querschnittsaufgabe bemüht diese sich darum, Entscheidungen auf lokaler Ebene so zu steuern, dass sich Siedlungsstruktur und Stadtgesellschaft in eine sozial, wirtschaftlich, ökologisch sowie kulturell und institutionell ausgewogene Richtung entwickeln. Nachhaltige Stadtentwicklung berücksichtigt auch die Abhängigkeiten, Wechselwirkungen und Folgen zwischen den verschiedenen Schlüsseldimensionen der Nachhaltigkeit; ihr Ziel ist es, Lebensgrundlagen und -chancen auch für kommende Generationen zu erhalten. Anders als medial oft vermittelt ist nachhaltige Stadtentwicklung nicht nur ein Anliegen der spektakulären Megacities, Global Cities, der Megalopolis, der Metropolen oder Großstädte, sondern auch der kleinen und Mittelstädte und Gemeinden. In den insgesamt rund 600 deutschen Mittelstädten, von denen etwa hundert mehr als 50.000 Einwohner haben, leben heute insgesamt etwa 23 Mio. Menschen. Weltweit leben die Hälfte aller Menschen in Städten, all sie tragen gemeinsam Verantwortung für die nachhaltige Entwicklung ihrer Städte.

a) Was bedeutet nachhaltige Stadtentwicklung?

Zentrale Handlungsfelder nachhaltiger Stadtentwicklung: Vom Tun und Lassen

Jede Kommune ist einzigartig – schon aufgrund ihrer Lage im Raum, ihrer Genese und den Einflussfaktoren, die auf sie einwirken. Folgerichtig gibt es keinen Königsweg zur nachhaltigen Stadt. Nachhaltige Stadtentwicklung konzentriert sich weniger auf die Lösung einzelner Probleme, sondern sucht vielmehr nach Potenzialen und Strategien, die dazu beitragen können, in der Stadt – und über sie hinaus - einen ökonomischen, sozialen und ökologischen Mehrwert zu erzeugen. Einige der Ansätze, die viele deutsche Kommunen dazu zurzeit verfolgen, werden nachfolgend skizziert.

Anpassen und Erneuern

Erhebliche Teile der „grünen“ und „grauen“ städtischen Infrastrukturen - Straßen, Brücken, Kanäle, Stadtbaumbestände und Grünanlagen - müssen in den nächsten Jahrzehnten grundlegend erneuert werden. Zudem ist ein beträchtlicher Anteil des öffentlichen Gebäudebestandes heute (wieder) sanierungsbedürftig. Angesichts knapper kommunaler Fi-

nanzen und unsicherer Zukunftsaussichten stellen sich den Kommunen vor jeder Sanierung grundsätzliche Fragen: Was an Gebautem soll - durch wen?- erhalten und energetisch saniert werden? Was muss mit Blick auf die Nutzungsansprüche kommender Stadtbewohner und auf die unvermeidlichen Folgekosten baulich angepasst, was zurückgebaut werden? Und: Welche Gebäude, welche Infrastrukturen sind von so hohem identifikationsstiftenden Wert für die örtliche Gesellschaft, dass sie trotz ihres maroden Bauzustandes und selbst dann, wenn sie weitgehend funktionslos geworden sein sollten, saniert und erhalten werden müssen?

Etliche der verdichteten, nutzungsgemischten Gründerzeitquartiere sowie Mehrfamilienhaus- und Großsiedlungsgebiete bedürfen einer gezielten Unterstützung bei der städtebaulichen Aufwertung und Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Viele dieser Quartiere erweisen sich aber in ihrer Grundstruktur als robust und resilient. Strukturell problematische Siedlungsstrukturen sind aus Perspektive nachhaltiger Stadtentwicklung vor allem solche dispersen, ausgedehnten monofunktionalen Ein- und Zweifamilienhausgebiete, in denen eine wohnortnahe Versorgung und eine Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr nicht mehr sicher gestellt werden kann und in denen sich Bevölkerungsstruktur und Immobilienwerte negativ entwickeln. Nachverdichtung, das nachträgliche „Ein-Mischen“ anderer Nutzungen und Maßnahmen zur Erhöhung der „Demografiefestigkeit“ bedürfen in der Praxis einer intensiven Beteiligung der (nicht selten: kritisch-skeptischen) ansässigen Bewohnerinnen und Bewohner.

Beteiligen und Vernetzen

Nachhaltige Stadtentwicklung beteiligt Bürgerinnen und Bürger und andere Akteure gezielt, aktiv, umfassend und frühzeitig, unabhängig davon, ob es um die gesamte Stadt, einzelne Stadtteile oder Nachbarschaften und Einzelvorhaben geht. Sie bindet Menschen unterschiedlicher Gruppierungen bereits in die Bestandserhebung und in die Erörterung von Zielen, Strategien und Maßnahmen ein und macht sich das Wissen und die Ideen der lokalen Akteure dadurch zunutze.

Zurzeit werden viele innovative Beteiligungsformate in der Praxis weiter entwickelt und erprobt. Weil Stadtentwicklungsprozesse komplex und kompliziert sind, geraten Partizipationsprozesse hierzu bisweilen sehr aufwendig und langwierig - benötigt werden daher auch Methoden zur Motivation. Zur Bewahrung der Gestaltungsspielräume der städtischen Gremien und zum Schutz von Rechtspositionen und berechtigter Interessen Einzelner müssen Städte die Aufgaben und die Verbindlichkeit partizipativer Prozesse präzise bestimmen. Die Zusammenarbeit in Beteiligungsverfahren erfordert von allen ein hohes Maß an Toleranz und eine grundsätzliche Übereinkunft: Dass eine an Nachhaltigkeit orientierte Stadtentwicklung im Zweifelsfall das Gemeinwohl heutiger und künftiger Bewohnerinnen und Bewohner höher werten wird als die Durchsetzung tagesaktueller individueller Interessen.

Nachhaltige Stadtentwicklung fördert die städtischen Beziehungsnetze und weist verschiedenen Akteuren mehr Verantwortung zu: Sie stärkt das traditionelle Ehrenamt, regt die Bildung neuer Allianzen und Projekte zwischen Unternehmen, Privaten, Ehrenamtlichen, Vereinen und Institutionen an und gestaltet öffentliche Gebäude und Straßen, Wege, Parks und Plätze so, dass sich in ihnen die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen einer Stadt begegnen können.

Lebensqualität und Identifikation

Zentrale Ansätze nachhaltiger Stadtentwicklung lassen sich im Bild eines „guten Lebens in sozialer Gemeinschaft“ oder einfach im Stichwort „Lebensqualität“ zusammenführen. Das Quartier, das täglich erlebte überschaubare Umfeld, stellt als Raumeinheit eine zentrale Integrierte Ebene nachhaltiger Entwicklung dar. Stadtentwicklung, die im engen Dialog mit den Bewohnerinnen und Bewohnern lokale Produkte, Märkte, Kreisläufe und Zentren unterstützt,

hochwertige öffentliche Räume für Fußgänger, Radverkehr und gemeinschaftliche Aktivitäten schafft und die Identifikation der Menschen mit ihrem Quartier stärkt, wird in Deutschland seit langem praktiziert. Inzwischen differenzieren sich Strategien stärker nach Quartierstypen aus, die Zahl der Methoden und Schlüsselthemen und –ziele wächst. So gibt es unter anderem auf Stadtviertel zielende Klimaschutzaktivitäten (Fokusgebiete) und solche, die eine lebenslange Bindung ihrer Bewohnerinnen und Bewohner ans Quartier fördern sollen („Aging in place“).

Überträgt man den Quartiersbezug auf bestehende Gewerbegebiete, widmet sich nachhaltige Stadtentwicklung der – auch energetischen – Sanierung, fördert die bauliche Erneuerung, animiert die ansässigen Betriebe, ein gemeinsames Gebietsprofil zu entwickeln und unterstützt sie bei der Realisierung eines attraktiven Arbeitsumfeldes. Ziel ist es, bestehende Wirtschaftsstandorte zu stabilisieren sowie die Standortbindung der Unternehmen, deren Diversifizierung und den Anteil an Dienstleistern zu erhöhen.

b) Welche Rahmenbedingungen sind erforderlich für eine nachhaltige Stadtentwicklung?

Ideen und Austausch

Es gibt eine Vielzahl an Programmen, Initiativen und Projektplattformen, die der nachhaltigen Stadtentwicklung Impulse verleihen können. Dem systematischen Austausch von Ideen und Erfahrungen mit anderen Kommunen – Nachbarn, Partnerstädten und solchen, die strukturell verwandt sind (in Größe, Genese, Stadtschicksal) – kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Der Dialog erleichtert die Auswertung von Praxiserfahrungen und die Bestimmung solcher Lösungsansätze, die den lokalen Besonderheiten einer Stadt angepasst sind oder sich adaptieren lassen. Lokale, nationale und internationale Netzwerke und Plattformen fördern zudem das gemeinsame Lernen der Kommunen.

Auch vor Ort ist der Transfer von Wissen, Kompetenzen und Ideen Bestandteil erfolgreicher nachhaltiger Stadtentwicklung: Städte und Gemeinden sind Vorbild und Berater für Private und Unternehmen, beispielsweise dann wenn es um die nachhaltige Gestaltung und Pflege von Grünflächen oder die Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden geht.

Rückhalt und Ressourcen

Nachhaltige Stadtentwicklung muss dauerhafte Gemeinschaftsaufgabe aller Politikebenen sein – sonst drohen viele der Anstrengungen der Kommunen und der kommunalen Akteure ins Leere zu laufen. Von der einzelnen Kommune bis zur EU müssen lokale, regionale, nationale und staatenübergreifende Zielsysteme, Konzepte und Förderprogramme und Maßnahmen vertikal intensiv abgestimmt werden. Der querschnittsorientierte Ansatz der Nachhaltigkeit verlangt zudem auf horizontaler Ebene eine Integration von Maßnahmen, wie am Beispiel von Fragen von Bildung und Betreuung und an regionalen multimodal angelegten Mobilitätskonzepten erkennbar wird.

Grundlage nachhaltiger Entwicklung ist eine generationengerechte Finanzpolitik. Städte und Gemeinden müssen sachbezogene Einzelentscheidungen in übergeordneten gesamtstädtischen Strategien verankern bzw. solche Projekte finanzieren und in solche Vorhaben investieren können, die nachhaltige positive Impulse auf die künftige Stadtentwicklung erwarten lassen. Enorme finanzielle Anstrengungen sind erforderlich, um den Bestand der Städte an Gebäuden und Infrastrukturen zu sanieren, zu ertüchtigen, und wenn nötig, zurückzubauen. Die Kommunen benötigen daher eine strukturelle Entlastung und ein gerechtes System der Gemeindefinanzierung, um mittel- und langfristig verlässlich planen und ausgeglichene Haushalte aufstellen zu können.

Der Abhängigkeit vieler Städte und Gemeinden von konjunkturellen Entwicklungen und großen Gewerbesteuerzahlern steht dabei den tendenziell steigenden Ansprüchen und Bedürfnissen ihrer Bewohnerschaft an Lebensumfeld, Infrastrukturversorgung und städtische Dienstleistungen gegenüber.

Für besonders herausfordernde Aufgabenstellungen, etwa zur Sanierung von Großinfrastrukturen, Entwicklung von Konversionsarealen und zur Schaffung von Perspektiven für benachteiligte Stadtquartiere, ist eine zielgenaue finanzielle Förderung weiterhin notwendig. Diese Mittel ziehen private und öffentliche Folgeinvestitionen in beträchtlichem Umfang nach sich, zudem generieren sie modellhafte Lösungen, Erfahrungen und Wissen um Entwicklungsprozesse, die – in anderen Kommunen eingesetzt – dort erheblichen Mehrwert mit sich bringen.

Kommunale Verantwortung und Aufmerksamkeit

Die kommunale Selbstverwaltung in Deutschland ist ein hohes politisches Gut. Europäische und nationale Politik muss dort, wo sie den Rahmen und Leitlinien für die nachhaltige Entwicklung von Städten mitbestimmt, das eigenverantwortliche Handeln und den Gestaltungsspielraum der Kommunen schützen und stärken. Nachhaltige Stadtentwicklung benötigt, was kommunale Selbstverwaltung hervorbringt: Eine aktive Bereitschaft der Menschen, sich mit ihrer Stadt zu identifizieren, verschiedene Entwicklungspfade zu diskutieren und sich selbst aktiv zum Wohl der Stadt zu engagieren. Kommunen Städte sind nicht nur Teil des Problems, sondern sind dann, wenn sie nachhaltig agieren, auch ein wesentlicher Teil der Lösung: Auf der ganzen Welt sind sie dank ihrer Dichte und Mischung Hauptproduzenten von Wissen und Innovation, sie sind Wachstums- und Integrationsmotoren - und sie sind diejenigen Orte, an denen viele Menschen miteinander konkrete Einzelentscheidungen ersinnen, treffen, umsetzen und in vielen Fällen auch unmittelbar die Folgen dieser Entscheidungen erleben.

2. Die soziale Dimension der Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene

von Prof. Dr. Thomas Fabian, Beigeordneter für Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule der Stadt Leipzig

a) Was bedeutet soziale Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene?

Im Rahmen von Sozialpolitik gestalten Kommunen in Verantwortungsgemeinschaft mit anderen Akteuren vor Ort das Zusammenleben der Menschen in den Bereichen Bildung, Jugend, Familie, Senioren, Migration und Integration, Gesundheit und Soziales. Vorrangiges Ziel ist es, soziale Chancengerechtigkeit zu ermöglichen. Hierbei sind verschiedene Aspekte von Bedeutung. Es geht darum, soziale Teilhabe und Inklusion zu schaffen. Es gilt, die Grundbedürfnisse von Menschen zu decken und Lebensrisiken abzusichern. Die Chancen zum Zugang zu Ressourcen wie Gesundheit, Bildung und selbständiger Existenzsicherung sollen allen offen gehalten werden. Kulturelle Vielfalt und unterschiedliche Lebensentwürfe sollen möglich sein sowie ein ausreichendes Maß an Gemeinwohlorientierung, Toleranz, Solidarität und Integrationsfähigkeit aller befördert werden. Dazu gehört auch ein gelingendes Miteinander der Generationen, so dass Jung und Alt einander respektvoll begegnen, Verständnis füreinander zeigen, Rücksicht aufeinander nehmen, Konflikte gemeinsam lösen und sich wechselseitig im alltäglichen Zusammenleben unterstützen.

Kommunen sind der Ort, an dem Menschen sozialisiert werden, an dem sie Bildung erfahren und ihren Lebensunterhalt erwerben, Familie gründen, wohnen, in sozialen Netzwerken verortet sind, sich gesellschaftlich engagieren. Somit gestalten Kommunen immer einen bestimmten räumlich abgegrenzten Teil dieser Erde. Sie wirken aber auch auf andere Kommunen dieser Welt, indem sie Partnerschaften zu diesen pflegen, indem Menschen in die Welt gehen und die Ressourcen und Erfahrungen mitnehmen, die sie erworben haben. Durch die Integration von Flüchtlingen aus anderen Teilen der Welt tragen Kommunen dazu bei, dass

sich die Vernetzung zwischen den Menschen erhöht und Transferbeziehungen zu den Menschen im Heimatland gestärkt werden, ob in Form von Geld, Wissen oder persönlicher Hilfe. In Netzwerken beeinflussen Kommunen die nationale und internationale Sozialpolitik. Eine nachhaltige Ausrichtung kommunaler Sozialpolitik trägt dazu bei, die soziale Entwicklung in einer Welt nachhaltig zu gestalten.

b) Welchen Beitrag leisten Kommunen zu einer nachhaltigen Sozialpolitik?

Eine grundlegende Voraussetzung für eine nachhaltige soziale Entwicklung ist gute Bildung. Denn Armut lässt sich dauerhaft nur wirksam verringern, wenn Bildung den Zugang zu besser bezahlter Erwerbstätigkeit schafft. Kommunen können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, ein Bildungsmanagement in Verantwortungsgemeinschaft verschiedener Institutionen zu schaffen, wie dies zum Beispiel im Rahmen von „Lernen vor Ort“ geschieht. Kommunale bildungspolitische Leitlinien und kommunale Bildungskonferenzen geben Orientierung für das Handeln der vielfältigen Bildungsakteure. Dabei gilt es, sowohl Bereiche informeller als auch formeller Bildung zu integrieren, Übergänge zwischen Bildungswegen vielfältig und barrierearm zu gestalten und Maßnahmen von Jugendhilfe und Schule zu verzahnen, so dass Bildung insbesondere auch jene erreicht, die in weniger bildungsförderlichen sozialen Strukturen leben. Es geht darum, ein hohes Maß an Chancengerechtigkeit bei den Zugängen zu Bildung zu schaffen. Dazu zählt auch die frühzeitige Unterstützung von Kindern beim Spracherwerb, sowohl von Kindern mit Migrationshintergrund beim Erwerb der Landessprache als auch bei Kindern mit Sprachstörungen. Kindertageseinrichtungen können als Bildungsstätten und als Orte, an denen Hilfen für Familien vermittelt werden, wertvolle Impulse für Zugänge zu Bildung schaffen.

Die Zahl der Migranten hat sich weltweit in den zurückliegenden Jahren deutlich erhöht. Nach Angaben des UNHCR waren unter den internationalen Migranten im Jahr 2013 15,7 Millionen Menschen auf der Flucht. Nur ein geringer Teil der Flüchtlinge erreicht Europa und die Bundesrepublik. Allerdings ist der Anteil der Flüchtlingszuwanderung nach Deutschland gestiegen, insgesamt beträgt der Anteil der Zugewanderten aus Entwicklungsländern aber nur 19,7 Prozent. Die Hauptzuwanderung ist europäisch. Gerade mit Blick auf weltweite Verflechtungen und eine nachhaltige Entwicklung in einer Welt haben Toleranz, kulturelle Vielfalt und die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund vor Ort große Bedeutung. Kommunen können ihren Beitrag dazu leisten, internationale Wanderungsbewegungen für Menschen und für die Gemeinschaft möglichst sinnstiftend und nutzbringend zu gestalten. In einer Welt haben Kommunen des Nordens eine besondere Verantwortung, Menschen, die aus verschiedenen Gründen aus ihrer Heimat flüchten, eine Lebensperspektive zu ermöglichen, unabhängig von der Dauer ihres Aufenthalts. Eine Integration von Flüchtlingen und Zuwanderern ermöglicht deren gesellschaftliche Teilhabe. Sprache, Bildung, Erwerbstätigkeit, Wohnsituation und Kontakte zu Einheimischen sind wichtige Aspekte des Integrationsprozesses. In Leipzig wirkt die soziale Betreuung in Unterkünften für Asylbewerber auf eine zügige Integration in die Stadtgesellschaft hin: Spracherwerb, Bildung und Ausbildung und ein selbständiges Wohnen außerhalb von zentralen Einrichtungen sollen ermöglicht werden. Das Patenschaftsprogramm „Ankommen in Leipzig. Paten für Flüchtlinge“ unterstützt den Integrationsprozess und erleichtert Flüchtlingen durch persönliche Patenschaften mit Einheimischen den Weg beim Einleben in die Stadtgesellschaft. Auch geht es darum, ein tolerantes Miteinander als Voraussetzung für den Erhalt des sozialen Friedens zwischen den Einwohnern unterschiedlicher kultureller und ethnischer Herkunft zu gestalten.

Die Förderung von Gesundheit und Wohlbefinden der Menschen ist für eine nachhaltige Entwicklung entscheidend. Dabei haben Kommunen in der Welt mit unterschiedlichen Gefährdungen der Gesundheit ihrer Einwohnerinnen und Einwohner zu kämpfen. Bewe-

gungsförderung ist ein wichtiges Handlungsfeld für wohlhabende Kommunen, bei denen Adipositas (Fettleibigkeit) die Gesundheit und das Wohlbefinden weiter Teile, insbesondere der ärmeren Bevölkerungsschichten, gefährdet. Ein ausreichender Impfschutz aller ist gerade in einer globalisierten Welt wichtig, um Seuchen zu verhindern und das Risiko, an lebensbedrohlichen und gefährlichen Infektionen zu erkranken, zu verringern. Durch größere Impflücken innerhalb der Bevölkerung hat sich die Zahl der Masernerkrankungen in Deutschland in den letzten Jahren deutlich erhöht. Der öffentliche Gesundheitsdienst von Kommunen kann durch Aufklärung und Werbung darauf hinwirken, die Impfbereitschaft der Bevölkerung zu erhöhen.

Freiwilliges Engagement ist für eine nachhaltige soziale Entwicklung von Kommunen unverzichtbar. Es fördert den sozialen Zusammenhalt und stellt ein großes Potenzial für ausgewogene und funktionierende Nachbarschaften dar. Die Vielfalt kultureller, sozialer, sportlicher Angebote ist ohne die Hilfe vieler Freiwilliger nicht denkbar. Darüber hinaus ermöglicht freiwilliges Engagement soziale Kontakte und Einsatzfelder, in welchen sich Menschen mit ihren Fähigkeiten und Erfahrungen einbringen können und bietet ein breites Feld für den Erwerb und die Vertiefung von Kompetenzen. Freiwilliges Engagement ist Ausdruck von menschlicher Solidarität und von Verantwortung für die Gemeinschaft. Um es zu befördern, nutzen Kommunen viele Möglichkeiten: Würdigung Freiwilliger, Öffentlichkeitsarbeit, Vergünstigungen oder die Förderung von Freiwilligenagenturen und Freiwilligendiensten. Impulse zur Stärkung freiwilligen Engagements geben Prozesse der Lokalen Agenda 21. In Einer Welt schafft das freiwillige Engagement von Vereinen und Initiativen wichtige Hilfen für mehr soziale Nachhaltigkeit. So finanzieren und organisieren lokale Vereine den Bau und die Ausstattung von Schulen und Krankenhäusern in Afrika und Asien. Auch die Spendenbereitschaft vieler Einzelner bei weltweiten Krisen, oft auch koordiniert von Schulklassen oder Vereinen vor Ort, ist Ausdruck zwischenmenschlicher Solidarität in der Einen Welt.

Globales Denken und lokal verantwortliches Handeln sind für soziale Nachhaltigkeit unerlässlich. Wissen und Erfahrungen mit anderen Kommunen teilen, wie beispielsweise zu sozialen Transformationsprozessen bedingt durch Massenarbeitslosigkeit und demografischen Wandel, gehören dazu. Kommunen müssen sich vernetzen, voneinander lernen, miteinander kooperieren und sich gemeinsam für ihre Interessen einsetzen. Kommunen wirken auf verschiedenen Ebenen in Kooperationen mit anderen Kommunen zusammen. Für Leipzig ist die Mitwirkung im Deutschen Städtetag und im RGRE von besonderer Bedeutung wie auch im Netzwerk Eurocities, welches 130 große Städte in Europa repräsentiert. Über das Social Affairs Forum dieses Netzwerkes nimmt Leipzig Einfluss unter anderem auf die europäische Flüchtlingspolitik. Wichtige Beziehungen zwischen Kommunen stellen Städtepartnerschaften dar. Im Rahmen der Städtepartnerschaft Leipzig und Addis Abeba beispielsweise wird neben vielen interkulturellen Projekten der Verkauf eines fair gehandelten Kaffees umgesetzt. Zwischen den lokalen Universitäten besteht eine Kooperation zur Unterstützung äthiopischer Ärzte bei der Facharztausbildung. Nachhaltige Impulse für ein globales Denken und lokal verantwortliches Handeln für die nachwachsende Generation bieten internationale Schulpartnerschaften und Schüleraustausch.

Darüber hinaus kann eine nachhaltige soziale Entwicklung in Einer Welt nur erreicht werden, wenn es gelingt, die ungerechte Verteilung des Zuganges zu Ressourcen in der Welt und die dadurch bedingte soziale Chancenungerechtigkeit zwischen wohlhabenden und armen Ländern dieser Welt zu verringern. Hier können Kommunen ihren Beitrag leisten, indem sie durch Aufklärung, ethische Bildung und durch Unterstützung von guten Beispielen darauf hinwirken, dass Menschen die Konsequenzen ihres Handelns auf andere bedenken und in ihrem Handeln mehr Solidarität mit anderen zeigen. Hier gilt es, insbesondere geeignete Anreize zu schaffen für nachhaltiges Handeln.

c) Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Sozialpolitik auf kommunaler Ebene

Wenngleich Kommunen als Politik- und Verwaltungsebene am nächsten an den Menschen sind, sind sie in ihrem Wirken abhängig von den Gestaltungsspielräumen, die durch EU-, Bundes- und Landespolitik vorgegeben werden. Dazu gehören neben den rechtlichen Rahmenbedingungen die finanzielle Ausstattung von Kommunen. Die Aufwendungen für Jugend und Familie, Bildung, Gesundheit und Soziales nehmen in deutschen Kommunen einen großen Anteil der verfügbaren Mittel in Anspruch. In vielen Kommunen entsteht aufgrund von Sparzwang die Notlage, nur ein Mindestmaß an sozialen Leistungen anbieten zu können und wenig Gestaltungsspielraum für vorbeugende Ansätze zu haben. Gerade in der Prävention liegt aber der Schlüssel für eine nachhaltige soziale Entwicklung. Frühe Interventions- und Hilfeangebote, wie die Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache bei Kindern mit Migrationshintergrund im Kindergarten, fördern langfristig einen besseren Schulerfolg und damit Chancengerechtigkeit. Eine hinreichende Finanzausstattung von Kommunen, welche präventives Handeln ermöglicht, muss deshalb sichergestellt werden.

Große Bedeutung bei der wirksamen Gestaltung von Sozialpolitik vor Ort kommt der Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure zu. Dies schließt sämtliche Verwaltungs- und Politikebenen ein, aber auch Vereine, Verbände, Unternehmen und Einwohnerinnen und Einwohner. Wie am Beispiel eines kommunalen Bildungsmanagements deutlich wird, oder im Bereich der Suchtpolitik, ist Vernetzung und Kooperation unverzichtbar. Zum Erfahrungsaustausch und zur Gestaltung von Kommunen beeinflussender Politik ist die aktive Mitwirkung in Städtenetzwerken von großer Bedeutung.

Fazit

Kommunen sind Werkstätten nachhaltiger sozialer Entwicklung, deren Ziel darin besteht, Chancengerechtigkeit zu ermöglichen. Wesentliche Ansätze für ein lokal verantwortliches Handeln im Kontext einer Welt sind: Bildungschancen für alle zu eröffnen, eine gelingende Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu ermöglichen, Gesundheit zu fördern, freiwilliges Engagement und internationale Partnerschaften zu unterstützen. Einer präventiven Orientierung kommt bei allen Strategien von Sozialpolitik eine besondere Bedeutung zu. Eine wirksame Gestaltung sozialer Maßnahmen durch Kommunen ist nur gemeinsam mit allen beteiligten Akteuren möglich und wird durch den Austausch und die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen in Netzwerken unterstützt. Um die soziale Chancengerechtigkeit zwischen den Kommunen dieser Welt zu verringern, ist es erforderlich, durch Aufklärung, ethische Bildung und durch Unterstützung von guten Beispielen darauf hin zu wirken, dass Menschen die Konsequenzen ihres Handelns auf andere mehr bedenken und in ihrem Handeln mehr Solidarität mit anderen zeigen.

3. Die ökonomische Dimension der Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene

von Oberbürgermeister Ullrich Sierau, Dortmund

a) Was bedeutet ökonomische Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene?

Das Wachstum von heute darf die natürlichen Lebensgrundlagen und die wirtschaftlichen Wachstumsmöglichkeiten für künftige Generationen nicht gefährden. Gleichzeitig muss unser Handeln die Entwicklung in der Einen Welt unterstützen. Dies lässt sich am ehesten auf der Ebene der Städte und Gemeinden verwirklichen. Als örtliche „Regierung“ gestalten Kommunen die Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wirtschaften mit.

Daher kommt Kommunen in der ökonomischen Nachhaltigkeit eine zweifache Rolle zu: sie sind sowohl Unternehmer als auch Markt-Teilnehmer. Als Unternehmer müssen sie den Unternehmenszweck langfristig und mit ausreichender Wertschöpfung erzielen. Wichtigster Bestandteil dafür ist die Sicherung der ökologischen und sozialen Voraussetzungen. Als Markt-Teilnehmer haben sie nicht nur große Verantwortung und Vorbildcharakter, sondern auch erhebliche Markt-Macht, die es zu nutzen gilt.

Die Themenfelder und Handlungsansätze für ökonomische Nachhaltigkeit in Kommunen sind vielfältig. Beispiele sind:

- Reaktivierung ehemaliger Industrie- und Gewerbeflächen
- Attraktivität des Wirtschaftsstandortes durch „weiche Standortfaktoren“
- Umwelt-Management-Systeme
- Kreislaufwirtschaft- und Effizienzförderung
- Unternehmens-Netzwerke
- Allianzen zwischen Verwaltung, Unternehmen und Nicht-Regierungsorganisationen
- Regionale Wirtschaftskreisläufe und lokale Ökonomie
- Bildungspatenschaften
- Förderung nachhaltiger Konsummuster
- Kommunale Beschaffung

In Dortmund wird den Themen „Fairer Handel“, „Corporate Social Responsibility (CSR)“ und „Ressourcen- sowie Energie-Effizienz“ eine hohe Bedeutung beigemessen. Partizipation und bürgerschaftliche (Mit-)Verantwortung sind dabei ebenso erforderlich wie die Integration in Politik und Verwaltung.

b) Welchen Beitrag können Kommunen in Deutschland leisten?

Kommunen können durch die Implementierung von nachhaltiger Entwicklung als Querschnitts-Aufgabe ihrer Verantwortung in einer globalisierten Welt nachkommen. Auch das Thema „öko-soziale Beschaffung“ ist ein Feld, in dem Kommunen als gutes Beispiel voran gehen können.

Dortmund hat sich bereits seit 2007 verpflichtet, keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu beschaffen. Mit der Einrichtung des zentralen Vergabe- und Beschaffungszentrums und der Teilnahme am EU-Pilotprojekt „Jede Kommune zählt“ zusammen mit der Christlichen Initiative Romero und Partnern aus Wels (Österreich) und Trébic (Tschechien) wird dem Leitbild einer ökonomischen Nachhaltigkeit Rechnung getragen.

Dortmund war 2001 die erste Stadt in NRW, die das Beratungsprogramm ÖKOPROFIT angeboten hat. ÖKOPROFIT untersucht und hinterfragt den Produktionsprozess und alle anderen Tätigkeiten auf ihre Material- und Energienutzung verbunden mit dem Ziel, Kosten in den Unternehmen zu senken. Seit 2001 haben 113 Unternehmen erfolgreich teilgenommen

Für die Stadt Dortmund wurde im Jahr 2010 mit allen relevanten gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Akteuren ein Konzept erarbeitet und gemeinsame Wege zur Umsetzung mit dem Ziel entwickelt, bis zum Jahr 2020 eine CO₂-Einsparung von 40 % gegenüber 1990 zu erreichen. Es besteht aus den drei Teilprojekten „Handlungsprogramm Klimaschutz“, „Dienstleistungszentrum Energieeffizienz“ und „Strategien für den Ausbau erneuerbarer Energien“. Innerhalb des Handlungsprogramms sind die energetische Altbausanierung, der effektive Umgang mit Strom und der Ausbau der erneuerbaren Energien von besonderer Bedeutung.

Mit der „Initiative Effizienz“ wurde ein innovativer Prozess gestartet, der über Prozess- und Produktinnovationen einen zentralen Wettbewerbsvorteil für die regionale Wirtschaft generieren soll. Dortmunder Unternehmen profitieren dabei u. a. von dem bestehenden hohen Anwenderpotenzial, insbesondere für die traditionellen Unternehmen in der Region. Somit berührt das Thema Effizienz sowohl die Herstellerseite, die neue, expandierende Märkte besetzen können, als auch die Anwenderseite, deren Wettbewerbsfähigkeit gestärkt wird.

Das NRW-Kompetenznetzwerk für Elektromobilität, Infrastruktur und Netze behandelt Themen rund um die Elektromobilität, Energiewende, Transport- und Verteilnetze und Energiewirtschaft.

Seit 2013 arbeitet in Dortmund ein selbsttragendes CSR-Netzwerk. Ziel ist es, Unternehmen auf freiwilliger Basis über die gesetzlichen Anforderungen hinaus bei der Umsetzung sozialer, ökologischer und ethischer Belange in ihren Aktivitäten und in ihren Beziehungen zu Partnern wie etwa Mitarbeitern, Kunden und Lieferanten zu unterstützen. Im Rahmen eines mehrstufigen Qualifizierungsprogramms besteht besonders für mittelständische Unternehmen die Möglichkeit, gemeinsam mit Trainern eine eigene CSR-Strategie auszuarbeiten, um sich maßgeschneidert zu CSR-Firmen entwickeln zu können.

Die Messe FA!R TRADE & FRIENDS ist das herausragende Projekt in Dortmund, um den Fairen Handel und Themen der Nachhaltigkeit einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, das Thema Fairer Handel weiter in die Öffentlichkeit zu tragen, die Entwicklung im Fairen Handel transparent zu machen, die wichtigen Akteure im Markt zusammenzubringen, Trends aufzugreifen, einen Grundstein für Innovation zu legen, Wissen zu transferieren und dem Fairen Handel sowie verantwortungsvollem Wirtschaften eine internationale Plattform zu geben.

Die Messe versteht sich als Teil der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes NRW und ist damit in größere politische und wirtschaftliche Zusammenhänge eingebunden. Für den Standort Dortmund bedeutet die Etablierung der FA!R ein Alleinstellungsmerkmal, das zu einer deutlichen Stärkung des Profils im Hinblick auf eine Stadt der Nachhaltigkeit führt.

c) Welche Rahmenbedingungen sind hierfür erforderlich?

Neben der Weiterentwicklung gesetzlicher Grundlagen sind finanzielle Aspekte wichtige Rahmenbedingungen. Pilotprojekte brauchen finanzielle Zuschüsse, um sich zu Alltagsprojekten zu entwickeln. Darüber hinaus ist die Vernetzung verschiedener Partner mit unterschiedlichem Know-How, aber gleichem Interesse von besonderer Bedeutung, damit nachhaltige Aspekte in wirtschaftliches Handeln einfließen können. Dies bedeutet, dass Allianzen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen entstehen. Beispiel ist wiederum die Messe FA!R, bei der EU, Land und Stadt sowie die Messe Westfalenhalle, Eine-Welt-Netz NRW und der Einzelhandelsverband Westfalen-Münsterland konstruktiv zusammen arbeiten.

4. Die ökologische Dimension der Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene

von Axel Welge, Hauptreferent des Deutschen Städtetages

a) Was bedeutet ökologische Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene

Ökologische Nachhaltigkeit bedeutet eine stetige Verbesserung der Lebensqualität in den Städten. Hier hat der kommunale Umweltschutz in den letzten 30 Jahren eine Vielzahl von Erfolgen zu verzeichnen. Dies gilt sowohl für die Verbesserung der Luftqualität, für den Naturschutz, für die Gewässergüte oder die Versorgung mit Grünflächen. Erfolge im kommunalen Umweltschutz dienen jedoch nicht nur den Bürgern, sondern sind zunehmend auch ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft und somit im gesamtstädtischen Interesse. Die zahlreichen Erfolge dürfen jedoch nicht dazu verleiten, in den Anstrengungen für eine ökologische Nachhaltigkeit nachzulassen. Folgende Probleme stehen hierbei zukünftig im Vordergrund:

- Ein großer Teil des Treibhauseffektes wird bekanntlich durch das urbane und industrielle Wachstum und damit in den städtischen Ballungsgebieten verursacht. Deshalb wird nach der Devise „Global denken, lokal handeln“ gerade von den Städten erwartet, z. B. in Agenda 21-Prozessen nachhaltige urbane Zukunftsmodelle und -strategien mit dem Ziel einer Verringerung der klimarelevanten Spurengase Kohlendioxid, Methan und Stickstoffoxyd zu entwickeln. Die Städte können diese Erwartungen jedoch nur teilweise erfüllen, weil sie lediglich über ein begrenzt wirksames Instrumentarium zur Einflussnahme auf die hauptsächlichen Wirkungsfaktoren verfügen.
- Immer noch steigt der Flächenverbrauch an. Die Siedlungs- und Verkehrsflächen nehmen in den Städten einen Flächenanteil von ca. 50 % ein. Die Flächen für naturschutzrechtliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen werden innerhalb der Städte immer knapper. Für eine Umsteuerung notwendiger Ziele wie flächensparendes Bauen und weitmögliche Entsiegelungsmaßnahmen sind durch kommunale Strategien allein nicht zu erreichen, solange die Inanspruchnahme von Boden durch Versiegelungen kostenmäßig immer noch nicht unattraktiv genug ist.
- In den Städten steigt - trotz unbestreitbarer Erfolge - die Luftverschmutzung insbesondere durch verkehrsbedingte Schadstoffemissionen. Die Stickstoffoxyd- und Dieselrußbelastung ist in den meisten Städten - bedingt durch die Zunahme des Auto- und Lkw-Verkehrs - in den letzten Jahren weiter gestiegen. Am Rande einer stark befahrenen Straße beträgt die Luftbelastung aus dem Kraftfahrzeugverkehr über 70 % der Gesamtbelastung einer Stadt.
- Weiterhin wird die Bevölkerung insbesondere in den Ballungsräumen in den letzten Jahren zunehmend durch Lärm belastigt. So werden an vielen verkehrsbelasteten Straßen gesundheitsschädliche Werte (tags 65 dbA, nachts 45 oder 50 dbA) überschritten. Dazu kommt noch ein erheblicher Anteil an Fluglärm, Industrie- und Schienenverkehrs- sowie Freizeitlärm aus Sportanlagen. Inzwischen ist unbestritten, dass die Lärmbelastung mit ihren nachweislich schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen das größte städtische Immissionschutzproblem der Zukunft zu werden droht.
- Weiterhin kämpfen die Städte mit der Grundwasserbelastung durch Schadstoffeinträge und der Verschmutzung der Oberflächengewässer durch industrielle und häusliche Abwässer. Die Einleitung von unzureichend geklärtem Oberflächenwasser und

eine zunehmend naturferne Gewässerunterhaltung führen zur drastischen Verschlechterung der biologischen Gewässergüte.

- Schließlich stehen die Städte immer noch den gewaltigen (Kosten-) Problemen der Beseitigung von Altlasten gegenüber. Noch immer sind bundesweit rd. 150.000 Verdachtsflächen (Altlagerungen und Altstandorte) abzuarbeiten. Die bei zunehmender Flächenverknappung immer dringendere Aufgabe des Recyclings von Industrieflächen stößt an finanzielle Grenzen.

Diese Beispiele zeigen, dass die Städte mit den anstehenden Umweltfragen alleine überfordert sind. Deshalb müssen der Bund, die Länder und die Europäische Union die erforderlichen rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen schaffen, um eine weitere Verbesserung der Umweltsituation zu erreichen.

b) Welche Beiträge leisten Kommunen für eine nachhaltige ökologische Politik?

Städte haben eine zentrale Rolle beim Klimaschutz und bei der Umsetzung der Energiewende. Weltweit wird ein großer Teil des Treibhauseffektes und des damit verbundenen Klimawandels in den städtischen Ballungsräumen verursacht. Deshalb wird auch von den Städten erwartet, nachhaltige urbane Zukunftsmodelle mit dem Ziel einer Verringerung der klimarelevanten Spurengase Kohlendioxid, Methan und Stickstoffoxid zu entwickeln. Viele Städte setzen sich bereits seit langem für den Klimaschutz ein. Neben der Energieeinsparung und dem Einsatz erneuerbarer Energien stehen hierbei sowohl die energetische Gebäudesanierung als auch die Förderung fortschrittlicher Verkehrskonzepte im Vordergrund. Zunehmend finden auch Klimaschutzkriterien in der kommunalen Bauleitplanung Berücksichtigung. Die Städte leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Senkung der CO₂-Emissionen. Säulen einer kommunalen ökologischen Politik sind:

Energieeffizienz/Energieeinsparung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene ist dann am effektivsten, wenn Energieverbräuche vermieden werden (Energieeinsparung) und der Energieeinsatz durch eine effiziente Anlagentechnik vermindert wird (Energieeffizienz) und die erneuerbaren Energien einen bedeutenden Anteil an der umweltfreundlichen Energieerzeugung haben. In Freiburg beschloss 2007 der Gemeinderat den CO₂-Ausstoß der Stadt bis 2030 um 40 Prozent zu reduzieren. Mit einem Bündel von Maßnahmen gelang es, die Emissionen vor allem im Verkehrs- und Energiesektor zu senken. Der Anteil des Atomstroms wurde von 60 auf unter 10 Prozent reduziert. Seit 2011 werden 50 Prozent des städtischen Stromverbrauchs durch Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt.

Verkehrsplanung mit ÖPNV und Fahrrad- bzw. Fußwegen: Zu den Zielen städtischer Politik gehört es, Mobilität zu gewährleisten, ohne dass Stadtentwicklung, Natur und Umwelt darunter leiden müssen. Dabei fördert die Stadt den Fuß- und Radverkehr beispielsweise durch eigene Fahrspuren für Fahrräder bzw. eigene Fahrradtrassen mit kreuzungsfreier Querung und mit einer optimierten Ampelschaltung für Fahrrad und Fußgänger. Auch für den ÖPNV gibt es optimierte Trassen mit Vorrangschaltung an Ampeln und einem attraktiven Tarifsystem. Hierzu gehört auch das Konzept „Stadtteile der kurzen Wege“. Alle Angelegenheiten des täglichen Lebens wie Einkaufen, Schule, Arzt und Apotheke, Banken etc. sollen im Stadtteil möglich sein.

Bauen: Durch moderne Konzepte und Materialien kann der Energiebedarf von Gebäuden erheblich reduziert werden. Im Niedrig- oder Passivhausstandard sind darüber hinaus „Plus-Energie-Häuser“ möglich, es wird also mehr Energie gewonnen als verbraucht. Energieeinsparung ist nicht nur bei modernen Neubauten möglich, auch im Altbestand ist eine

Renovierung auf Passivhausstandard möglich. Mit ihrem eigenen Gebäudebestand nehmen die Kommunen für viele Bürger eine nicht zu unterschätzende Vorbildfunktion wahr. Sie leisten Beiträge, in dem sie Bürger informieren und auch Finanzierungsmöglichkeiten aufzeigen sowie eigene Gebäude vorbildhaft mit niedrigem Energiebedarf gestalten. Darüber hinaus tragen energetische Gebäudesanierungen erheblich zu Kosteneinsparungen bei.

Abfall und Recycling: Die Abfallwirtschaft gewährleistet in den Städten Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung. Wichtige Aufgabe der Kommunen Städte ist es, Anreize und Informationen zur Abfallreduzierung vor Ort schaffen. Kommunen ermöglichen darüber hinaus eine hochwertige und flächendeckende Sammlung von Wertstoffen und Sekundärrohstoffen sowie ihre Wiederverwertung und die Verwertung von stofflichen Restabfällen.

Abwasser: Die kommunalen Abwasserbehandlungsanlagen zählen zu den größten Stromverbrauchern in den Kommunen. Durch Realisierung von Energieeffizienzmaßnahmen (Belüftungssysteme der Hauptreinigungsstufen) lassen sich in Deutschland rund 20 Prozent des Stroms einsparen, das trägt erheblich zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes bei. Außerdem können durch Abwasserbehandlung Energieerzeugungspotentiale erschlossen werden, beispielsweise durch die Weiternutzung der Energie aus Verbrennungen oder durch Nutzung der Abwasserwärme.

c) Rahmenbedingungen für eine nachhaltige ökologische Politik auf kommunaler Ebene

Der ökologische Wandel führt bei Kommunen in Deutschland und in der Welt zu großen Herausforderungen. Risiken für die Bewohner, die kommunale Infrastruktur oder das Stadtgrün werden durch starke Niederschläge, Überhitzung und Stürme weiter steigen. Dies erfordert zusätzliche Anpassungen beim Betrieb und beim Ausbau der Infrastruktur sowie weitergehende kommunale Handlungsfelder. Die zusätzlichen Investitionen und umfänglichen Klimaanpassungsmaßnahmen können durch die Kommunen allein nicht bewältigt werden. Deshalb müssen die Zentralregierungen zukünftig bei ihren Klimaschutz- und Infrastrukturanpassungsmaßnahmen weit mehr als bisher und gezielter unterstützen. Auch die wissenschaftliche Begleitforschung durch die Regierungen in Bezug auf Klimaanpassungsstrategien muss intensiviert werden. Neben dem Hochwasserschutz, der Wasserver- und Abwasserentsorgung betrifft dies vor allem eine effiziente und CO₂-arme Energieversorgung. Nicht nur der Staat schafft Rahmenbedingen. Auch die Kommunen selbst müssen auf ihrer Ebene gute Voraussetzungen für eine nachhaltige Politik mit konkreten Umsetzungsmaßnahmen schaffen und dabei die Bürgerschaft sensibilisieren, motivieren und einbeziehen.

5. Die kulturelle Dimension der Nachhaltigkeit in den Städten

von Davide Brocchi, für die Stadt Köln

a) Städte als Orte des Kulturwandels in Richtung Nachhaltigkeit

Nachhaltig Denken bedeutet heute einen Kulturwandel und kann am besten in Kommunen ansetzen. Warum? Weil das Lokale dem *menschlichen Maß* besser entspricht, während das Globale uns eher überfordert. Weil eine weltweite Standardisierung und eine spartenübergreifende Ökonomisierung die Weltgesellschaft nicht lebenswerter machen. Weil sich Subjekte (Geist, Individuum, Ego, Mensch) und Objekte (Natur, Gesellschaft, Alter) im Lokalen besonders nah stehen; ihre Beziehung hier am besten bewusst und neu gedacht werden kann.

Die Natur ist nie woanders, sondern immer vor Ort, in jedem von uns. Die negativen oder positiven Auswirkungen unseres Handelns auf die Umwelt sind im Lokalen am ehesten sicht-

bar und können hier reflektiert werden. Während die Globalisierung zu einer Deterritorialisierung der Lebensweisen geführt hat, stärken lokale Kulturen die Identifikation mit dem Territorium und mit der Gemeinschaft - und dadurch die Bereitschaft der Individuen, Verantwortung darin zu übernehmen. Kommunen sind Hüter der lokalen Identität und des kollektiven Gedächtnisses, supervidieren ihre Materialisierung (z.B. im Städtebau und in der Landschaftspflege) und fördern alte und neue Rituale. Regionale Esskulturen sind besonders nachhaltig, weil sie das Wissen aus einer langen historischen Erfahrung übertragen, den lokalen Umweltbedingungen am besten angepasst sind und aus hiesigen Stoffen Genuss und ein soziales Erlebnis machen.

Nicht nur leistungsfähigere und effizientere Maschinen, sondern vor allem der Dialog und die Kooperation zwischen Menschen sind der Weg, um die Umwelt besser zu begreifen und nachhaltig zu gestalten. Das Miteinanderteilen ist auch eine sinnvolle Strategie, um den Ressourcenbedarf der Gesellschaft zu senken, hat jedoch eine wichtige Voraussetzung: Vertrauen. Die Globalisierung hat aber zu einer breiten Vertrauenskrise geführt: Verbraucher vertrauen Produzenten nicht mehr, Wähler Politikern usw. Wettbewerb, Statussymbole und soziale Ungleichheit hemmen die soziale Kommunikation. Vertrauen kann weder durch Geld oder Werbung ersetzt werden, noch in den virtuellen Räumen der social Networks entstehen. Es kann hingegen am besten dort gefördert werden, wo sich Menschen im Alltag physisch begegnen: im Lokalen, im Stadtteil, in der Nachbarschaft. Hier können die verschiedenen Asymmetrien überwunden werden und die Objekte des Regierens (die Bürger) zu Subjekten werden. Kommunen sind prädestinierte Labore für die Erprobung und Weiterentwicklung von Bottom-up-Strategien der gesellschaftlichen Entwicklung und der direkten Demokratie. Erst durch den intra- und interkulturellen Dialog lassen sich nachhaltige Entscheidungen treffen, in breiten statt in engen Wahrnehmungshorizonten.

Weil Information, Ideen und Fantasie immateriell und nicht an materielle Notwendigkeiten gebunden sind, ist Kultur ein *Raum der Möglichkeiten*. In diesem Raum können gesellschaftliche Prozesse kritisch beleuchtet und Lebensalternativen erprobt werden. Die freie Kunst- und Kulturszene ist eine relevante Quelle von Innovationen, die zwar nicht unbedingt eine hohe ökonomische Rentabilität hat, aber Städte dennoch lebenswerter und zukunftsfähiger machen. Auch die Auseinandersetzung mit fremden Kulturen birgt die Möglichkeit des Perspektivenwechsels und Inspiration für bessere Lebensalternativen. In der eigenen Stadt leben oft viele Botschafter anderer gesellschaftlicher, kultureller und ökologischer Realitäten, die uns helfen können, unsere Wahrnehmungshorizonte deutlich zu erweitern und die globalen Auswirkungen unseres Handelns besser zu begreifen.

Das Kulturangebot kann helfen mehr Nachhaltigkeit in das Leben der Stadt zu bringen. Kunst und Kultur stellen ästhetische Räume für den Austausch von Gedanken, für die Reflexion gesellschaftlicher Verhältnisse und persönlicher Befindlichkeit zur Verfügung. Kunst fördert die Kommunikation mit der ökologischen, sozialen und der inneren Um-Welt bzw. die Auseinandersetzung mit Fragen, die trotz ihrer Relevanz in einer Konsum- und Unterhaltungsgesellschaft zuweilen gerne verdrängt werden.

Kulturarbeit vermittelt einerseits Zusammengehörigkeit, Identität, ggfs. sogar Heimat und stellt andererseits Verbindungen zu anderen Gesellschaften und in andere Epochen her. Das kulturelle historische Erbe in der Stadt ist mit all seinen Ambivalenzen in den Denkmälern, im Archiv und den Museen ablesbar und physisch erfahrbar. Auch der Schutz und die Pflege bis zur Rekonstruktion von Gebäuden, Häuserzeilen und ganzen Stadtquartieren sind eine Antwort auf die Entgrenzung der Lebensverhältnisse der Menschen und auf die Wegwerfmentalität. Allein die Diskussion um die Frage, welches und wessen Erbe denn erhalten werden soll – angesichts einer sich immer weiter sich ausdifferenzierenden kulturellen Orientierung der Bevölkerung – bedarf einer Diskussion, die nur unter konsequenter Beachtung von Nach-

haltigkeitsaspekten sinnvoll geführt werden kann.

b) Welchen Beitrag leisten Kommunen zu einer nachhaltigen Kulturpolitik?

Das Beispiel Köln

Kulturelle Vielfalt ist deutlich mehr als die Integration von Migranten: Sie ist die Möglichkeit, die jeder Mensch und jede Anderswertigkeit hat, sich zu entfalten, einen eigenen Raum zu bekommen, sich öffentlich auszudrücken und politisch mitzugestalten.

Die Stadt Köln ist eine beliebte und deshalb wachsende Stadt, weil sie als tolerante, offene und vielfältige Kulturstadt wahrgenommen wird. Die neue Moschee im Stadtteil Ehrenfeld oder der Christopher Street Day sind mehr als symbolische Zeichen dafür, dass die Bürgerschaft Wert auf Diversity - auf das Miteinander von Andersartigkeit - legt. Deswegen existiert in der Stadtverwaltung auch eine eigene Punktstelle für Diversity. Vielfalt garantieren ebenfalls zahlreiche Bürgerinitiativen, die an der Kommunalpolitik teilhaben – und eine gewisse, wenn auch übersichtliche Vielfalt von Medien (DuMont-Verlag, StadtRevue, WDR...). Die Stadt Köln und die Bezirksvertretungen haben sich in den letzten Jahren bemüht, auch städtebaulich Vielfalt zu ermöglichen mit räumlichen Lösungen für (sub)kulturelle Institutionen (Autonomes Zentrum, Club Underground, Gebäude 9, ZAMUS im Helioskomplex, Cap Cologne auf dem Clouth-Gelände in Nippes) zu finden, um ihre Existenz zu ermöglichen.

Ein Drittel der Bevölkerung hat in dieser Stadt einen Migrationshintergrund. Das Kölner Kulturamt besitzt auch deshalb schon seit langem ein Querschnittsreferat Interkultur mit einem eigenen Förderkonzept (www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf41/foerderkonzept_interkulturelle_kunstprojekte.pdf). Dieses hat auch zur kritischen Selbstreflexion über den Umgang mit fremden Kulturen geführt und schließlich zur Gründung der Akademie der Künste der Welt.

Die in Auftrag gegebene Studie „Kulturwelten in Köln“ (www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/kultur/kulturwelten-koeln) formulierte 2011 die Erkenntnis, dass das städtische Kulturangebot vor allem ein westliches Kunstverständnis widerspiegelt. Kunst aus der Türkei, Russland, Afrika oder Asien ist im städtischen Kulturangebot deutlich unterrepräsentiert, obwohl viele Kölner aus diesen Ländern kommen. Die städtischen Institutionen konzentrieren sich überwiegend auf die Innenstadt, gerade in Kölner Stadtteilen mit hohem Migrationsanteil und einem niedrigen sozioökonomischen Lebensstandard ist der Anteil besonders niedrig. Hier wird das Kulturangebot durch eine kleinteilige freie Kunstszene abgedeckt. Diese Erkenntnisse sind in die Konzeption einer „Akademie der Künste der Welt“ eingeflossen. Sie wurde 2012 gegründet, um das Kulturangebot der Stadt an Einflüsse aus allen Kontinenten zu öffnen.

Die Stadt Köln war mit ihrem Kulturentwicklungsplan 2009 eine der ersten Kommunen, die ihre Kulturförderung in einem umfassenden Konzept formuliert hat, das im Zuge eingehender und ausführlicher Kommunikation mit den Kultur gestaltenden Akteuren der Stadtgesellschaft Ziele, Visionen und konkrete Maßnahmen für eine nachhaltige Kulturförderung entwirft. Dieser Ansatz soll nun ab 2015 durch eine Fortführung der Kulturentwicklungsplanung konsequent im Sinne einer umfassenden kulturellen Teilhabe der Bürgerschaft weiter gedacht werden. Die lokale Identität wird in der Domstadt groß geschrieben, beispielhaft wird dies durch die Förderung der kölschen Sprache, der Kölner Filmgeschichte oder der NS-Vergangenheit. Das NS-Dokumentationszentrum überträgt die wichtige Lehre aus der Erfahrung des Nationalsozialismus und macht die besondere Bedeutung von Demokratie und Menschenrechten auch in der Gegenwart bewusst.

Als transversale Säule kann Kultur in den Kommunen die Entstehung von neuartigen Allianzen fördern, die marginalisierten Akteure stärken und im Dialog zwischen den gesellschaftlichen Bereichen und Interessen vermitteln.

2012 bildete sich in Köln ein breites und buntes Bündnis, zu dem aktuell mehr als 120 lokale Organisationen, Institutionen, Initiativen und Unternehmen gehören. Die „Agora Köln“ hat im September 2013 erstmals den „Tag des guten Lebens“ veranstaltet. An diesem Tag wurde im Stadtteil Ehrenfeld ein 1 km² großes Gebiet für den motorisierten Verkehr gesperrt, in dem mehr als 20.000 Menschen leben. Die autofreien Straßen und Plätze wurden in eine breite „Agora“ umgewandelt, auf der direkte Demokratie, Gemeinschaft und Kultur praktiziert wurden. In diesem Prozess bildeten die Anwohner Monate im Voraus Nachbarschaftsgruppen, die sich regelmäßig trafen, um über Fragen wie „in welcher Stadt wollen wir leben“ zu debattieren. Am Tag des guten Lebens durften sie die eigenen Straßen als Gemeingut betrachten und selbst regieren. Unter freiem Himmel erprobten und erlebten die Anwohner ihre eigenen Ideen vom guten Leben. Ein solcher Prozess öffnet Räume für die soziale, intra- und interkulturelle Interaktion und fördert jenes Vertrauen, das das Teilen untereinander benötigt. Die Initiative hatte einen solchen Erfolg, dass die Anwohner den Tag 2014 selbst durchführen werden. Nach Ehrenfeld hat eine weitere Bezirksvertretung (Lindenthal) inzwischen einstimmig beschlossen, den Tag im eigenen Gebiet stattfinden zu lassen. Ein vergleichbares Projekt im öffentlichen Raum veranstaltete auf Einladung des Dezernats für Kunst und Kultur die Wiener Künstlergruppe WochenKlausur 2013 im rechtsrheinischen Köln. Im Rahmen des Feldversuchs StadtLabor für Kunst im öffentlichen Raum erarbeitete die Gruppe gemeinsam mit der ansässigen Bevölkerung Vorschläge zu strukturellen und räumlichen Verbesserungen in Alt-Deutz. Kunst im öffentlichen Raum sollte sich nicht notwendigerweise auf das Aufstellen von Skulpturen beschränken. Die Gestaltung wurde nicht als formaler Akt, sondern als direkte Handlungsoption gesehen. Mit der Befragung von Menschen, die sich Gedanken über ihre nächste Umgebung machen und Kontakten zu einem Netz von engagierten, gemeinnützigen Vereinen und Initiativen sammelten die Künstler und Künstlerinnen der WochenKlausur Anregungen und diese Anregungen besprachen sie dann parallel – im Sinne bester Nachhaltigkeit - mit der Stadtverwaltung und anderen zuständigen Stellen.

c) Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Kulturpolitik auf kommunaler Ebene

In den politischen Institutionen leiden Nachhaltigkeit und Kultur immer wieder unter der gleichen spürbaren Unterschätzung und Marginalisierung. Eine Umpriorisierung in der Kommunalagenda setzt nicht nur vollere Kassen voraus, sondern ein Umdenken in allen Verwaltungsbereichen und -ebenen, einen stärkeren und gleichberechtigten Dialog unter ihnen und mit den Betroffenen. Ein erweitertes Verständnis von Nachhaltigkeit und Kultur geht Hand in Hand mit einer kritischen Auseinandersetzung mit der Dominanz des Ökonomischen und führt zu einer veränderten Personalpolitik. Für eine stärkere Profilierung im Sinne einer kulturellen Nachhaltigkeit sind enge Partnerschaften mit den Bürgern notwendiger als Public-Private-Partnerships mit internationalen Investoren. Eine gute Kulturpolitik ist weniger event- und prestigeorientiert und lässt sich unter anderem an der Lebendigkeit der lokalen Kunst- und Kulturszene festmachen.

Kultur ist per se auf Nachhaltigkeit angewiesen. Die offensichtlichste Herausforderung sind die Finanzlöcher in den kommunalen Haushalten, die zu einem erheblichen Rückgang an Fördermitteln und –möglichkeiten auch im Kulturbereich führen. Kulturelle Infrastruktur lässt sich nicht kurzfristig aufbauen, insbesondere dann nicht, wenn komplexe Strukturen wie Theater oder Bibliotheken bereitgehalten werden sollen. Die Verfahren der Langzeitsicherung von digitalem Kulturgut stehen erst in der Entwicklung. Deshalb bedarf es auch der langfristig abgesicherten Finanzierung der kulturellen Infrastruktur, was eine hinreichende allgemeine

Finanzausstattung der Städte durch das Land voraussetzt. Nur dann kann die freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe der Förderung von Kunst und Kultur durch die Städte verantwortlich wahrgenommen werden.

Weil scheinbar viele Menschen das „do-it-yourself“ in heruntergekommenen verlassenen Fabriken bevorzugen und genießen, Kreative ausgerechnet deökonomisierte Räume als besonders frei und inspirierend fühlen, hinterfragen die Kommunen zunehmend eine unkritische Modernisierung, Kommerzialisierung und Privatisierung des urbanen Raums. Aber preiswerter Wohnraum und Leerstand werden nach wie vor in Luxuswohnungen umgewandelt und somit der Buntheit entzogen. Um zu Vermeiden, dass Künstler und Kreative ungewollt zu Türöffnern der Gentrifizierung in den Peripherien werden, sollten die Zentren der Städte stärker demerkanalisiert und die Bedürfnisse der Bevölkerung berücksichtigt werden. Städte benötigen keine leer stehenden Bürogebäude und keine Einkaufszentren mehr, sondern mehr „Agoras“. So wie der Platz in der altgriechischen Polis sollte im Idealfall jede Straße der modernen Stadt über einen gemeinsamen Raum verfügen, der von den Anwohnern selbstverwaltet wird, in dem direkte Demokratie, Kultur, Nachbarschaft und Sharing Economy praktiziert werden. Allgemein stellt sich die Frage, wie die Nutzung von öffentlichen Räumen durch BürgerInnen und KünstlerInnen erleichtert werden kann.

Kultur findet zuhauf außerhalb des Kompetenzbereichs der kommunalen Kultureinrichtungen statt, auf jeder Baustelle, jedem Grafikbüro und in jedem Supermarkt – doch gerade Nachhaltigkeit macht eine bewusste kulturelle Produktion, eine Kulturkritik, „kulturelle Mutationen“ und gesellschaftliche Lernprozesse notwendiger denn je. Deshalb sollten Kulturämter gestärkt und die Kulturförderung neu strukturiert werden. Bei einem ausgeprägten Spartendenken haben es spartenübergreifende Projekte logischerweise schwer. Ökonomische Indikatoren wie Kosten, Besucherzahlen oder Presseecho sind nicht immer geeignet, um die eigentliche Qualität des Kulturangebots zu beurteilen. Die klassischen öffentlichen Kulturinstitutionen beanspruchen einen bedeutenden Teil der kulturellen Förderung. Wie zeitgemäß ist die Arbeit von Opernhäusern? Zählen Museen immer noch zu den Leitmedien der gesellschaftlichen Selbstverständigung? Auf jeden Fall dürfen öffentliche Kultureinrichtungen keine Orte sein, die Exklusivität reproduzieren. Opernhäuser und Museen können hingegen eine Form von Orten der Begegnung und der kulturellen Bildung sein. Doch es gibt inzwischen auch neue freie Orte in der Stadt, die diese Funktion mitübernommen haben und ebenso eine angemessene Förderung verdienen.

Eine kulturelle Nachhaltigkeit erfordert eine Reihe neuer Kompetenzen. Ein intrakultureller Dialog in den Stadtverwaltungen oder ein interkultureller Dialog in den Stadtteilen kann selten ohne Vermittler gelingen, die Brücken zwischen den verschiedenen (Fach-)Sprachen bauen, kognitive Asymmetrien und Vorurteile abbauen und Kommunikationskanäle pflegen.

Weil Nachhaltigkeit mehr Bottom-up und weniger Top-down braucht, dürfen die Kommunen und die Bezirksvertretungen nicht das letzte Glied in einer Hierarchie von Institutionen bleiben, sondern ihre Rolle muss deutlich gestärkt werden und ihre Gestaltungsmöglichkeiten ausgeweitet werden.

d) Fazit

Probleme können niemals mit derselben Denkweise gelöst werden, durch die sie entstanden sind (Albert Einstein), deshalb setzt Nachhaltigkeit einen Kulturwandel in der ganzen Gesellschaft voraus. Kommunen sind nicht nur ideale Labore eines solchen Wandels, sondern auch dessen potenzielle Antreiber. Warum es so ist und wie Kommunen eine kulturelle Nachhaltigkeit fördern können, ist in diesem Text nur ansatzweise beschrieben worden.

Um die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meistern, reicht Wirtschaftswachstum als Allheilmittel nicht aus. Kommunen, die auf Vielfalt setzen, haben auch ein breiteres Spektrum an Lösungen für ihre Probleme zur Verfügung. Jeder Dialog mit vielfältigen Akteuren ist zwar selten so effizient wie der Monolog unter Gleichgesinnten, doch seine Ergebnisse sind meistens effektiver.

6. Globale Partnerschaften lokal gestalten – Kommunen übernehmen Verantwortung für die Eine Welt

von Stefan Wagner, Leiter / Europabeauftragter des Amtes für Internationales und Globale Nachhaltigkeit der Stadt Bonn

Im Mittelpunkt der Zukunftscharta steht das Konzept einer „globalen Partnerschaft“. Dieses ist geprägt von einem neuen Geist der Solidarität und Verantwortung. Es orientiert sich an einem gemeinsamen Verständnis des globalen Gemeinwohls und der globalen Ethik und zielt auf eine intensive Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen und gegenseitiger Rechenschaftspflicht. Neu am Konzept der „globalen Partnerschaft“ ist, dass dem Prinzip des „global denken, lokal handeln“ ein Prinzip zur Seite gestellt wird, das zunächst scheinbar eine Umkehrung darstellt: das Prinzip des „lokal denken, global handeln“. Gemeint ist damit die Suche nach multilateralen Lösungen für die Vielzahl an Herausforderungen, deren Auswirkungen lokal – also insbesondere auch auf der Ebene der Städte und Gemeinden – spürbar werden, die aber nur international lösbar sind. Die beiden Prinzipien sind komplementär und bilden letztlich eine Einheit.

a) Welche Bedeutung haben Kommunen als Akteure globaler Partnerschaften?

Bereits heute übernehmen Kommunen in vielerlei Hinsicht und in wachsendem Umfang Verantwortung für die Eine Welt, zum Beispiel

- Im Rahmen von Städte- und Projektpartnerschaften (u.a. Begegnungen von Fachexperten, Klimapartnerschaften)
- Durch nachhaltiges Beschaffungswesen und die Förderung von fairem und regionalen Handel
- Durch eine Vorbildrolle bei der Entwicklung und Umsetzung von Nachhaltigkeitskonzepten innerhalb der Verwaltung (beispielsweise im Bereich der Mobilität) und in der Kooperation mit anderen Akteuren
- Durch entwicklungspolitische Informations- und Öffentlichkeitsarbeit (Bildung für nachhaltige Entwicklung)
- Durch die Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten in kommunale Partnerschaften
- Durch ihr Engagement in Querschnittsthemenfeldern einer nachhaltigen Entwicklung (z. B. Klimaschutz/Klimaanpassung, Biodiversität, Gendergerechtigkeit)
- Durch ihren Einsatz für eine globale Energie-Balance und damit für Energiegerechtigkeit

Kommunen stellen den gemeinsamen Bezugspunkt für unterschiedliche Akteure auf allen Ebenen dar. Ihre besondere Stärke liegt im Knüpfen und in der Pflege von Netzwerken, z. B.

durch die Einbeziehung von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden, von Sozialorganisationen, Vereinen und entwicklungspolitischen Initiativen. So bilden Kommunen den Nukleus für globale Partnerschaften auf lokaler Ebene.

Ein Beispiel für den Aufbau lokaler „globaler Partnerschaften“ ist das „Bonner Netzwerk für Entwicklung – Verantwortung, Gerechtigkeit, Zukunft“. Das Bonner Netzwerk ist ein Zusammenschluss von über 50 Organisationen, Vereinen und Initiativen, die gemeinsam für die Förderung einer zukunftsfähigen, nachhaltigen Entwicklung eintreten. Im Mittelpunkt des gemeinsamen Engagements steht die Förderung und Öffentlichkeitsarbeit zur globalen Entwicklungsagenda. Es bildet damit den Kern einer Verantwortungsgemeinschaft, die noch weiter wachsen und künftig auch Akteure aus anderen gesellschaftlichen Bereichen einbeziehen soll.

Partnerschaft auf Augenhöhe

Damit Entwicklung erfolgreich sein kann, muss sie auf der lokalen Ebene ansetzen und örtliche Gegebenheiten berücksichtigen. Daher sind kommunale Partnerschaften - zum Beispiel beim Klimaschutz - ein sinnvolles und wichtiges Instrument zur Förderung globaler, nachhaltiger Entwicklung. Kommunale Projekte erfahren in der Regel eine hohe Akzeptanz. Durch ihre Langfristigkeit und ihre Verankerung in der Zivilgesellschaft wirken sie in der Regel besonders nachhaltig.

Die Stadt Bonn unterhält mit Unterstützung u.a. der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / Engagement Global, des Landes NRW und der Stiftung Mercator Klimapartnerschaften mit Städten in unterschiedlichen Ländern wie Bolivien, Chile, China und Ghana. Die Partnerschaften unterscheiden sich entsprechend lokaler Gegebenheiten. Allen Partnerschaften liegt das Ziel zugrunde, einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz bzw. zur Klimaanpassung auf lokaler Ebene zu leisten. Dabei geht es nicht in erster Linie darum, gute Beispiele aus Bonn in Kommunen des globalen Südens zu übertragen. Die Partnerschaften zielen stattdessen darauf ab, tatsächlich voneinander zu lernen und gemeinsam neue Ideen und Lösungen zu entwickeln. Denn Kommunen als Partner in der Entwicklungszusammenarbeit sind Partner auf Augenhöhe. Sie besitzen daher eine besondere Glaubwürdigkeit. In kommunalen Partnerschaften wird die Interdependenz zwischen dem Handeln in Ländern des Nordens und den Auswirkungen in Ländern des Südens konkret erfahrbar. So unterschiedlich wie die Partner sind die Projekte und Strategien. Mit Chengdu (VR China) gibt es einen Austausch zu nachhaltiger Mobilität und Energieeffizienz; mit Bucharu (Usbekistan) zu nachhaltigem Tourismus. La Paz (Bolivien) hat die Idee der Klimabotschafter, ein Klimabildungs-Programm für Grundschulkinder, aus Bonn übernommen. In Bonn hingegen wird darüber nachgedacht, wie das Konsumverhalten dem Gedanken des „Buen vivir“, des „guten Lebens“ angepasst werden kann.

b) Welche Rahmenbedingungen sind erforderlich für kommunale Partnerschaften?

Damit kommunale Nachhaltigkeits-Partnerschaften Erfolg haben, bedarf es verschiedener konkreter Voraussetzungen. Hierzu gehören

- Einfache, handhabbare und zuverlässige Förderinstrumente, die den Besonderheiten kommunaler Strukturen und Verfahren Rechnung tragen;
- Ein politisches Umfeld, das sich kommunalen Partnerschaften gegenüber aufgeschlossen zeigt

- Eine stärkere Wahrnehmung und Unterstützung von Kommunen als Akteure der Entwicklungszusammenarbeit;
- Globale Entwicklungsziele, die auch auf lokaler Ebene umsetz- und messbar sind (dies war bei den MDGs nur bedingt der Fall);
- Eine stärkere Unterstützung / Einbeziehung kommunaler Partnerschaften in die Strukturen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit;
- Eine stärkere und direktere Einbindung der lokalen Ebene in globale Strategien;
- Einer stärkeren öffentlichen Sensibilisierung dafür, dass Engagement für Nachhaltigkeit eine Pflichtaufgabe in einer globalen Verantwortungsgemeinschaft ist. Dies sollte sich auch in der Ausgestaltung rechtlicher Rahmenbedingungen so spiegeln, dass Kommunen befähigt werden, diese Aufgabe wahrzunehmen;
- Mehr horizontale und vertikale Vernetzung, z. B. durch die Einbeziehung der Kommunen in Multi-Stakeholder-Partnerschaften;
- Eine verstärkte Einbeziehung der Zivilgesellschaft

Verantwortung beginnt vor Ort. Daher sind globale Partnerschaften immer auch kommunale Partnerschaften. Diese auch in Zukunft weiter zu unterstützen und mitzugestalten ist ein wichtiges Anliegen der Kommunen weltweit.

Impressum

Herausgeber:

Rat der Gemeinden und Regionen

Europas/Deutsche Sektion

Gereonstraße 13 – 17

50670 Köln

Telefon +49 221 3771-7173

Telefax +49 221 3771-7214

sabine.drees@staedtetag.de

www.rgre.de

Redaktion: Hauptgeschäftsstelle Deutscher Städtetag, Referentin Sabine Drees

Köln, Oktober 2014